

## Widwalders Spielplatz

**Die Frizzi-Au hat das Zeug dazu, zu einem Paradebeispiel für Arroganz und Größenwahn auf der einen Seite und für Mut und Zivilcourage auf der anderen zu werden. Während Durnwalder und seine Speerspitze Widmann darauf beharren, in der Frizzi-Au bei Pfatten ein Motorsportzentrum zu errichten, wächst der Widerstand.**

Pfatten soll nach der Autobahn, der Zuglinie, der Mülldeponie und der Einflugschneise des Bozner Airports nun mit einer weiteren problematischen Einrichtung beglückt werden. Unter dem Deckmäntelchen eines „Fahrsicherheitszentrums“ soll eine Motorsportanlage gebaut werden, die es in sich hat: Auf dem 20 Hektar großen Areal sind eine Motocross-Bahn, eine Gokart-Strecke und die LKW- und Radpanzerteststrecke für die IVECO geplant. Alles mit großzügigen Zusatzbauten, die die Voraussetzungen für große Motorsportveranstaltungen bieten. Es sind vor allem die widersinnigen Motorsporteinrichtungen und die hohen Kosten in der Größenordnung von rund 20 Millionen Euro, die immer mehr Gegner auf den Plan rufen. Für ein Fahrsicherheitszentrum würden 4 bis 5 Hektar reichen und dafür gibt es Standortalternativen. Auch die bestehenden Fahrsicherheitszentren in Innsbruck und Ala stellen eine echte Alternative dar. Biologen und Umweltschützer weisen darauf hin, dass die Frizzi-Au als ökologische Ausgleichsfläche und Überflutungsgebiet für die Etsch eine wichtige Rolle spielen könnte.

Die Debatte könnte eine ganz normale politische Auseinandersetzung sein. Könnte - wenn nicht auf Seiten der Betreiber des Bauvorhabens dermaßen gelogen, mit Steuergeld geklotzt und arrogant über die Köpfe der BürgerInnen und SteuerzahlerInnen hinweg entschieden würde.

Engagierte Umweltschützer um den Geschäftsführer des Dachverbandes für Natur- und Umweltschutz, Klaus Prokopp haben in der Frizzi-Au ein Beobachtungscamp errichtet und leisten

**Retten wir die  
Salviamo l'**



Widerstand gegen das absurde Projekt. Das ist eine neue Dimension im ökologischen Aktivismus in Südtirol.

Wie immer die Sache in der Frizzi-Au ausgeht: das Projekt wird zum Fanal eines erstarkenden Bürger- und Gemeinsinnes als Gegengewicht gegen die stets offenkundiger werdende Präpotenz des Systems Durnwalder.

Weitere Info: [www.umwelt.bz.it](http://www.umwelt.bz.it)

## Causa Durnwalder: Losung Aussetzen

*Die Causa Durnwalder, also das Gerichtsverfahren zur Feststellung der Wählbarkeit von Luis Durnwalder bei den Landtagswahlen 2003, behängt bekanntlich zurzeit immer noch beim Oberlandesgericht Bozen (OLG), das die Akten an den Verfassungsgerichtshof Rom (VGH) weitergeleitet hat, welcher in einem Zwischenverfahren über die Verfassungsmäßigkeit der „Lex Durnwalder“ (sog. „authentische“ Interpretation) zu entscheiden hat.*

*Wir 12 Rekurseinbringer lassen natürlich nichts unversucht, damit der von der Gegenseite verursachte „Umweg“ über den VGH möglichst bald zu einem Ende kommt, und haben die diesbezüglichen triftigen Gründe (eine Entscheidung des VGH nach 3 Jahren - der durchschnittlichen Verfahrensdauer - würde die Wählerklage ad absurdum führen, weil dadurch der Instanzenweg nicht vor dem Ende der Legislatur 2008 abgeschlossen werden könnte) über unsere Anwälte auch formell vorgebracht. Ob jedoch der VGH das Zwischenverfahren mit Dringlichkeit behandelt, ist derzeit noch ungewiss. Derweil wird es zunehmend offenkundig, dass Durnwalder und seine Unterstützer auf Zeit spielen, weil immer augenscheinlicher wird, dass deren Verteidigungslinie auf tönernen Füßen steht. Die Parole lautet also „Aussetzen“, und da ist Durnwalder ja in seinem Element.*

Johann Gruber [info@gruber.bz](mailto:info@gruber.bz)

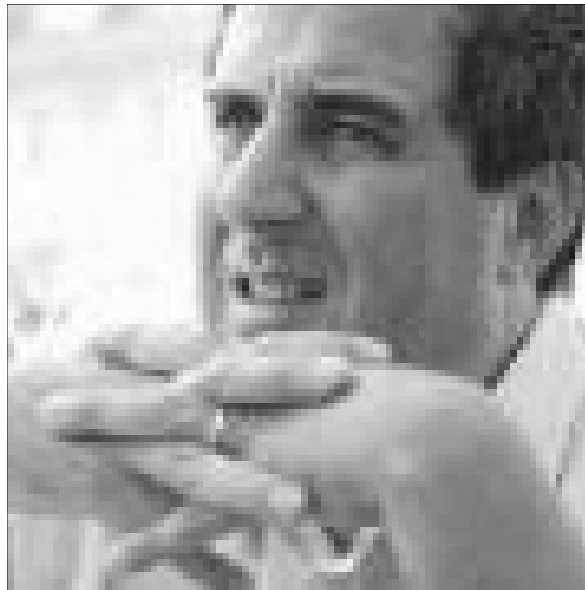
# Wahlausgang in Bozen: ein Pyrrhussieg der SVP?

**Luigi Spagnolli ist mit seiner Mitte-Links-Koalition am 6. November im 1. Durchgang zum neuen Bürgermeister von Bozen gewählt worden und die SVP hat sich sensationell von 8 auf 11 Sitzen verbessert**

Die SVP ist damit stärkste Partei in der Landeshauptstadt geworden. Ein Sieg in Glanz und Gloria? Wohl nicht, denn es war viel Glück im Spiel, denn wer weiß, wie die Bürgermeister-Stichwahl ausgegangen wäre ... Der SVP ist es nur deshalb gelungen, die deutsche Bevölkerung in diesem Ausmaß zu mobilisieren, weil die Leute Angst vor einer rechten Stadtregierung hatten. Dieses Ergebnis wäre unter normalen Umständen nie zustande gekommen: die SVP erhielt nicht nur die Stimmen der Union und der Freiheitlichen, von vielen Italienern und von einem Teil der deutschen Grünen, sondern auch von zahlreichen deutschen Nichtwählern, die der SVP normalerweise ablehnend oder skeptisch gegenüber stehen. Dieser Wahlsieg ist auch deshalb mit Vorbehalt zu genießen, weil Spagnolli von nur 35% der Italiener gewählt wurde, also 65% gegen ihn gestimmt haben. Die Italiener bekommen also eine Stadtregierung, die zwei Drittel von ihnen ablehnen. Der „Disagio“ könnte sich also weiter verschärfen, wenn die Verantwortlichen nicht rechtzeitig etwas dagegen unternehmen. Hier ist in erster Linie die SVP gefordert: sie muss sich davor hüten, ihre Macht voll auszuspielen und Spagnolli allzu sehr zu konditionieren. Ob sie dafür genügend Weitsicht und Zurückhaltung aufbringen wird?

Wenn man den sogenannten

„Disagio“ der Italiener nachhaltig überwinden will, wird es allerdings nicht ohne Gesinnungswandel seitens der Landes-SVP gehen. Es genügt nicht, der anderen Volksgruppe immer wieder die materiellen Vorteile der Autonomie vorzurechnen. Es müssen endlich konkrete Maßnahmen gesetzt werden, um dieser mehr Mitbe-



stimmung einzuräumen, indem man sie bei wichtigen Entscheidungen stärker einbezieht und ihr mehr Führungsposten in den politischen Gremien und in der öffentlichen Verwaltung überlässt. Die Neubesetzung des Präsidentenpostens im Wohnbauinstitut wäre eine gute Gelegenheit dazu gewesen.

Experten sind übrigens der Meinung, dass die beste Lösung des Problems in einer Änderung der Landes- und Gemeindeverfassung bestünde u.zw. im Sinne der sog. Konkordanzdemokratie, ähnlich wie sie in der Schweiz und bis vor

kurzem auch in Nordtirol praktiziert wurde. Die auf Südtiroler Verhältnisse angewandte Regelung sähe dann vor, dass in der Exekutive, also in der Landes- bzw. Stadtregierung, eine jede Volksgruppe durch die jeweils stärkste Partei oder Parteiengruppierung vertreten wird und nicht durch die Minderheit oder gar durch Kleinstparteien.

Dadurch könnte den Rechten der Wind aus den Segeln genommen werden und die Wahlen würden voraussichtlich unter „normalen“ Voraussetzungen auf der Basis von Sachthemen ausgetragen werden, wodurch auch die gemäßigten Parteien wieder Auftrieb bekommen würden. Die SVP wiederum wäre gezwungen, die Zusammenarbeit mit den Italienern zu verstärken, um zu verhindern, dass die nationalistischen Parteien ihre Regierungspartner werden. Es sind ja vor allem Proteststimmen, die diesen in letzter Zeit soviel Zuwachs gebracht haben. Vielleicht stellen das durch die jüngsten Wahlen hervorgerufene stärkere Problembewusstsein und die Bereitschaft zum Wandel eine günstige Gelegenheit dar, die man nutzen sollte, um sich mit dem Gedanken einer Statutenreform in dieser oder in einer anderen geeigneten Form anzufreunden.

Karl Berger  
[k.berger@email.it](mailto:k.berger@email.it)

# Vinschger Wahn

Die **BürgerInnen von PARTSCHINS** haben einen Beschlussantrag eingebracht, in dem die Gemeinde Partschins die Landesregierung auffordert, den **Baubeginn der beiden Tunnels an der Vinschgauer Straße im Abschnitt Forst-Töll einstweilen aufzuschieben.**

Es sollen zunächst die Ergebnisse der Knoflacher-Studie zum Verkehr im Vinschgau veröffentlicht und der Bevölkerung bekannt gemacht werden.

Die Menschen im Vinschgau leiden bereits jetzt sehr unter dem starken Autoverkehr. **Warum sollen sie ertragen, dass mit der Öffnung der „Schleuse“ Töll noch mehr Auto- und LKW-Verkehr ins Tal kommt?**

Nach der Pustertalerstraße soll nun offensichtlich auch die Straße durch den Vinschgau zu einer Schnellstraße ausgebaut werden. Auch der Vinschgau soll endgültig dem Autoverkehr geopfert werden.

**LH Durnwalder und LR Widmann scheinen hier nicht die Interessen der Menschen zu vertreten, sondern jene der Baufirmen.** Ihr Verhalten grenzt ans Verbrecherische! Warum kann nicht die Wirkung der Bahn und der Zubringerdienste abgewartet, vielleicht auch verstärkt werden? Warum lässt man einem neuen System wie der Bahn nicht die Zeit, sich zu optimieren? Warum muss immer erst gebaut und dann gedacht werden?

**Verstehen das die beiden hochbezahlten „Manager“ nicht?**

Das Geld für die Tunnels - immerhin 11 Millionen Euro - **können sofort umgeschichtet werden** und der Ortsumfahrung Rabland oder sonstigen die Lebensqualität verbessernden Maßnahmen zugeführt werden.

**Wir brauchen keine neuen Tunnels für schnelleren Autoverkehr: wir brauchen besseren öffentlichen Nahverkehr**

Sigmund Kripp  
[sigmund.kripp@stachlburg.com](mailto:sigmund.kripp@stachlburg.com)

# Open Source: der Umschwung

Vor knapp zwei Jahren war unser Einsatz für Open Source Software (d.h. „quelloffene“, freie Software, Abk. OSS) noch von den zuständigen Landesstellen wie eine unpassende Initiative und mit überheblichem Ton abgefertigt worden. Mittlerweile haben sich die selben Stellen eines Besseren belehren lassen müssen, und haben einige, wenn auch noch zögerliche Schritte in die von uns gewiesene Richtung getan; so wurde u.a. das Kompetenzzentrum Open Source eingerichtet, und während der Sommerpause haben die italienischen Schulen in Südtirol ihre Informatiksysteme auf Linux-basierte Software umgestellt.

Dabei hatte der für Informatik zuständige Landesrat Berger Anfang 2004 auf eine von der DPS vorgeschlagene Landtagsanfrage der Grünen noch abweisend geantwortet und behauptet, abgesehen von allem Anderen sollte man von „Free Software“ und nicht von „Open Source“ sprechen. Daraufhin hat die DPS klargestellt und entsprechend begründet, dass der Ausdruck „Open Source“ sehr wohl korrekt und für die betreffenden Belange allgemein üblich ist.

Bezeichnenderweise benennt sich die eingangs erwähnte, beim BIC neu angesiedelte Struktur „Competence Center Open Source“ (Abk. CoCOS); sie soll Informationen zur freien Software sammeln, Fähigkeiten vernetzen und Wissen in Form von Beratungen und Schulungen weitergeben. Die Homepage dieses Kompetenzzentrums ([www.cocos.bz](http://www.cocos.bz)) ist übrigens mit der OSS „Plone“ erstellt worden, mit welcher die DPS bereits 2003 - als erste Organisation in Südtirol - ihren Internetauftritt aktualisiert hat.

Wohl aufgrund oben genannter Entwicklungen hat auch Landesrat Berger einen ersten Schritt in Richtung OSS gewagt und auf allen PCs der Landesverwaltung das Programm „OpenOffice.org“ installieren lassen; es handelt sich dabei um die inzwischen schon recht bekannte Bürosoftware (Textverarbeitung, Tabellenkalkulation, Präsentation, Datenbank, Html-Tool, usw.), die der gängigeren aber sündteuren Suite „Microsoft Office“ in nichts nachsteht. OpenOffice.org ist gratis und in über 50 Sprachen erhältlich, kann über Internet oder auf CD bezogen werden, und dürfte schon bald zum internationalen Standard avancieren.



Die Umstellung der italienischen Schulen auf Linux geht übrigens auf eine Initiative der

italienischen Schul-landesrätin Luisa

Gnecchi zurück, die damit einmal mehr beweist, dass im Bereich der neuen Technologien viele italienische Landsleute den deutschen voraus sind. Da bleibt nur zu hoffen, dass auch die deutsche Schulleitung, spät aber doch, die Möglichkeiten der freien Software erkennt und entsprechende Maßnahmen setzt!

Weiterführende Infos und Links zum Thema OSS auf unserer Homepage <http://www.d-p-s.org/>

Johann Gruber

[info@gruber.bz](mailto:info@gruber.bz)

**Mitgliedsbeitrag  
oder Spenden  
nicht vergessen!**

Südtiroler Sparkasse Bozen  
KK 000000001700  
Abi 6045  
CAB 11601

## Preis für Volksabstimmung im Pustertal

Die im März d.J. im Pustertal abgehaltene „selbstverwaltete Volksbefragung“ hat den CIPRA-Preis „Zukunft in den Alpen“ erhalten.

Dabei hatten sich bekanntlich 80% der abstimmenden BürgerInnen für eine umweltfreundliche Verkehrszukunft ausgesprochen und gegen die Straßen-Ausbaupläne der Landesregierung. Die Volksbefragung wurde von 6 Promotoren in 11 Gemeinden mit insgesamt 32.000 Stimmberechtigten initiiert, von 13 Organisationen unterstützt und von etwa 200 freiwilligen Helfern durchgeführt.

Die genannte Auszeichnung wurde in der Kategorie „Neue Formen der Entscheidungsfindung“ verliehen, wobei diese „selbstverwaltete Volksbefragung“ auf einem von der „**Initiative für mehr Demokratie**“ entwickeltes Modell fußt, welche auch die Durchführung koordiniert hat. Deren Volksbegehrensentwurf für das Landesgesetz zur politischen Mitbestimmung diente dabei als Vorlage. In der Laudatio wird u.a. hervorgehoben: „Das Projekt vermittelt uns eine Kultur der Gleichberechtigung und gemeinsamer Verantwortung und gibt den direkt Betroffenen die Möglichkeit einer eindrucksvollen Willenskundgebung für ihre Talgemein-

*schaft. Die Pustertaler Volksbefragung schaffte es, eine neue Form der Entscheidungsfindung einzusetzen und die Gratwanderung zwischen Verzicht auf billigem Populismus und der echten Fürsorge für die eigene Talgemeinschaft.“*



Der angesehene Preis stellt eine große Anerkennung für die Promotoren und Unterstützer der Pustertaler Volksbefragung und für den wertvollen Beitrag der „Initiative für mehr Demokratie“ sowie einen Ansporn für die Fortsetzung ihres Einsatzes dar. Er zeigt auf, dass die direkte politische Mitbestimmung der Bürgerschaft nicht nur ein Wert an sich ist, weil sie der Konzentration der Macht und all ihren negativen Folgen entgegenwirkt und dem Einzelnen mehr Teilhabe am politischen Leben ermöglicht. Sie ist auch Voraussetzung zur Erreichung einer umwelt-

freundlichen Verkehrspolitik, von mehr Umweltschutz, einer menschenfreundlichen Urbanistik, einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik und des sparsamen Einsatzes der natürlichen Ressourcen, also von mehr Lebensqualität.

Es lohnt sich also, sich der eigenen Überzeugung folgend für das Gemeinwohl einzusetzen, ohne jedesmal auf den Segen von „oben“ zu warten und sich vom Unwillen der Mächtigen beirren zu lassen. Außerdem ist es allemal besser, sich

gestalterisch für das Gute einzusetzen, als in resignierter oder rein ablehnender Haltung zu verharren.

Stephan Lausch  
[info@dirdemdi.org](mailto:info@dirdemdi.org)

### IMPRESSUM

Eigentümer:  
Demokratische Partei Südtirol,  
Partschins, P.Mitterhoferstrasse 2  
Herausgeber: Dr.Karl Berger,  
Bozen, Max Valier Strasse 18  
Layout: Dr. Roland Girardi  
Sarnthein, Burgfrieden 20  
Presserechtlich verantwortlich:  
Wolfgang Mayr, Eppan  
Druck: INGRAF- Auer